



Nr. 254. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 2. Juni 1876.

## Deutschland.

Berlin, 1. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Staatsminister und bisherigen Präsidenten des Reichskanzler-Amtes, Delbrück, das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub verliehen.

Se. Majestät der König hat dem General-Lieutenant z. D. von Woyna, bisher Commandeur der 29. Division, den Roten Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe; dem emeritierten Pastor Bangzow zu Hochkirch im Kreise Liegnitz, und dem Stadtgerichts-Sekretär, Kanlein-Rath Dörr zu Berlin, den Roten Adlerorden vierter Klasse; dem praktischen Arzt Dr. Cossen zu Berlin und dem Oberarzt Preuß zu Nordheim den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Müller Geneviéve zu Wahrenbrück im Kreise Liebenwerda die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat den großherzoglich hessischen Präsidenten des Gesamt-Ministeriums und Minister des großherzoglichen Hauses und des Aukern-Hofmann zum Präsidenten des Reichskanzler-Amtes ernannt.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reiches den Landgerichtsrat Friedrich Theodor Wilhelm Städel zu Colmar in seiner bisherigen Eigenschaft an das Landgericht in Saargemünd und den Landgerichts-Rath Lorenz Proß zu Saargemünd in seiner bisherigen Eigenschaft an das Landgericht in Colmar versetzt.

Se. Majestät der König hat dem bisherigen Dirigenten der füsilierischen Steinlohnenbergwerke am Osterwalde, Bergwerks-Director Bauer, bei seiner Verleihung in den Ruhestand, den Charakter als Berggrath verliehen.

Auf den Mir gehaltenen Vortrag genehmigte Ich, daß die zu den fortifizatorischen Erweiterungs- und Umgestaltungsbaute in Köln, Koblenz, Spannau, Gütersloh, Posen, Thorn, Danzig, Königsberg, Glogau, Neisse, Memel, Pillau, Colberg, Swinemünde, Stralsund, Friedebsort, Sonderburg, Döbeln, Wilhelmshaven, sowie den Befestigungen an der unteren Weser und an der unteren Elbe erforderlichen Grundstüde, soweit nicht deren freihändiger Verkauf durch gütliches Uebereinkommen bewirkt werden kann, im Wege der Expropriation für die Militair-Bewaltung erworben werden dürfen. Das Kriegs-Ministerium hat hiernach das Weiterre zu veranlassen.

Berlin, den 29. Mai 1876.  
Wilhelm.

Un das Kriegs-Ministerium.  
von Kamke.

Der als etatsmäßiger Baumeister im Kriegsministerium angestellte Bau- meister Appelius ist zum Landbaumeister ernannt worden. — Der bis- herige Rector und commissarische Kreis-Schul-Inspector Dr. Joh. Wil- schmitz in Sigmaringen ist zum Kreis-Schul-Inspector im Regierungsbezirk Sigmaringen; und der bisherige Real-schullehrer und commissarische Kreis- Schul-Inspector Hermann Dittmar in Kosten zum Kreis-Schul-Inspector im Regierungsbezirk Posen ernannt worden. Dem ordentlichen Lehrer Dr. Edwin Goldmann am Gymnasium zu Elbing ist das Präsidat „Ober- lehrer“ beigelegt worden.

Berlin, 1. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute im Beisein des Gouverneurs und des stellvertretenden Commandanten militärische Meldungen, sowie die Vorträge des Chefs der Admiralität, des Kriegsministers und des Generalmajors von Albedyll entgegen. Auf dem Hamburger Bahnhof nahm Se. Majestät von Ihrer Königlichen Hoheit der verwitweten Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, sowie von Ihren Kaiserlichen Hoheiten dem Großfürstin und der Großfürstin Wladimir von Russland Abschied, und empfing, in das Palais zurückgekehrt, den bisherigen schweizerischen Gesandten Oberst Hammer, den bisherigen Großherzoglich hessischen Gesandten, Minister Hofmann und den bisherigen Präsidenten des Reichskanzler-Amtes, Staatsminister Delbrück, in Abschiedaudienzen. Schließlich nahm Se. Majestät noch den Vortrag des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Bülow entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing vorgestern in Baden den Besuch Sr. Kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Michael von Russland.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] wohnten der gestern im Lustgarten zu Potsdam stattfindenden großen Parade der Potsdamer Garnison bei und nahmen an dem darauf folgenden Dejeuner im Königlichen Stadtschlosse Theil. Nachmittags 4½ Uhr begaben sich die höchsten Herrschaften nach Berlin zum Familiendiner bei Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin und kehrten Abends 7% Uhr wieder nach dem neuen Palais zurück.

(R.-Anz.)

Berlin, 1. Juni. [Parlamentarisches. — Zur orientalischen Frage. — Delbrück. — Hofmann. — Oberpräsident v. Möller. — Jubiläum.] Wenn sich noch jemand der Täuschung hätte hingeben wollen, daß die Städteordnung in der ihr vom Abgeordnetenhaus gegebenen Fassung, trotz aller Concessionen an die Regierung, von der letzteren annehmbar gefunden werden könnte, so würde die neueste Nummer der „Prov.-Corr.“ ihn vollständig belehren, die in dünnen Worten das Gegenthalt ausspricht. Der Herr Minister des Innern ist viel zu sehr Geschäftsmann, als daß er auf ein langes Marken und Feilschen sich einlassen sollte und die von ihm in der letzten Sitzung, am Mittwoch, bezeichneten Punkte dürfen unzweifelhaft als sein Ultimatum angesehen werden. Thatsache ist es ja, daß in den letzten Stadien der Beratung des Gesetzes die Waage noch schwankte, und daß viel mehr Chancen für das Nichtzustandekommen der Vorlage vorhanden waren, als für das Zustandekommen derselben. Was zwischen der zweiten und dritten Lesung hinter den Couetten vorgegangen sein mag, entzieht sich der öffentlichen Cognition; doch steht so viel fest, daß sich Regierung und Haus durch einzelne Mitglieder des letzteren, die die Vermittlerrolle freiwillig übernommen, die Hände reichten, und daß so trotz des Widerspruchs der Frei-Conservativen und des Widerwillens auch noch anderer Elemente das Schicksal des Gesetzes gerettet wurde. Freilich blieb das Resultat der dritten Lesung in einzelnen Punkten hinter den Wünschen des Herrn Ministers zurück, derart, daß der Letzte selbst während der Sitzung anscheinend sich des Missmuthes darüber nicht ganz entzögeln konnte; allein man ist schon heute nicht mehr darüber im Zweifel, daß das Herrenhaus das noch fehlende ergänzen, und daß das Abgeordnetenhaus dann nicht umhin können wird, diese Beschlüsse auch zu den seinigen zu machen. — Die Vorlage über die Bewegordnung und die Provinz Berlin werden, nach offiziellen Quellen, in dieser Session nicht mehr zur Erledigung kommen. — Wenn von einzelnen Seiten die Vermutung ausgesprochen wurde, daß die neuesten Vorgänge im Orient den Fürsten Bismarck früher, als er beabsichtigte, nach Berlin zurückführen würden, so wird dies durch die jüngste Nachricht widerlegt, nach welcher der Reichskanzler im Gegentheil seinen Aufenthalt in Lauenburg um einige Tage zu verlängern gedacht. Es entspricht dies durchaus der leidenschaftslosen Auffassung, mit der die orientalischen Dinge bisher hier behandelt wurden, und an der selbst die gestrigste Depesche über die angebliche Erdrosselung des entthronnten Sultan nichts zu ändern vermochte. Daß der Thronwechsel bereits amtlich an den Höfen notifiziert sei, ist eine schwer glaub-

liche Nachricht; jedenfalls kann dies nur im abgekürzten Verfahren geschehen sein. Der hiesige türkische Botschafter, Edhem Pascha, hat sofort nach Empfang der ersten Nachrichten von der Katastrophen in Konstantinopel eine längere Beprechung mit Herrn von Bülow im Auswärtigen Amt gehabt. Unzweifelhaft läßt man in hiesigen Regierungskreisen nichts außer Acht, was den Einfluß Deutschlands auf die weitere Entwicklung der Lage im Orient sichern kann, aber es entspricht dem diesseitigen Interesse und der bisher hier beobachteten Politik, selbst durch Zwischenfälle, wie der gemeldete, sich nicht aus der reservirten Haltung heraustrreiben zu lassen. Daß der Augenblick kommen kann, wo auch das Deutsche Reich sich mehr einer Actionspolitik wird zuwenden müssen, steht wohl kaum in Frage; vorläufig dürfen wir uns der Zuversicht hingeben, daß die Fäden der zukünftigen Lösung der orientalischen Wirren mehr, als es sichtbar ist, in den Händen deutscher Staatsmänner zusammenlaufen. Die hiesige Presse beobachtet im Allgemeinen die nämliche Reserve und bemüht sich, möglichst objectiv den Ereignissen Rechnung zu tragen; es macht sich in ihr die Ansicht geltend, daß die neueste Wendung der Dinge in Konstantinopel England günstiger stelle, und daß man deshalb in Petersburg beziehungsweise in Ems auf neue Verhandlungen zwischen den drei Kaiserreichen dringen werde. — Die officielle Einführung des bisherigen Großherzoglich hessischen Ministerpräsidenten Hofmann in sein neues Amt als Präsident des Reichskanzleramtes ist nunmehr erfolgt, und wurde derselbe heute Nachmittag mit dem aus dieser Stellung scheidenden Staatsminister Delbrück vom Kaiser empfangen. Die Ernennung des Herrn Hofmann, ebenso wie die des Staats-Sekretärs v. Bülow zu preußischen Staatsministern ist, wie die „Post“ erfaßt, einem besonderen Act vorbehalten. — Die Nachricht von dem beabsichtigten Rücktritt des Oberpräsidenten von Elsass-Lothringen, von Möller, wird von hiesigen, für inspirirt geltenden Blättern bestritten.

Sämtliche Berliner Zeitungen feiern das heute stattfindende 25jährige Jubiläum des Herrn v. Bülow als Generalintendant der königlichen Schauspiele, durch mehr oder minder eingehende Artikel. An der Beglückwünschung des Jubilars hat sich, wie wir hören, auch der „Verein Berliner Presse“ beteiligt, unter gleichzeitiger Übereichung eines geschmackvoll in lila Sammi mit Silberbeschlag gebundenen Albums. Um 5 Uhr fand ein Diner zu Ehren des Tages im Kaiserhof statt.

○ Berlin, 1. Juni. [Die Selbstbefestigung in den Gefangenissen. — Reorganisation der Kreissynoden.] Um mißverständlich Auffassungen eines früheren Clusses vorzubeugen, hat der Minister des Innern die Provinzialregierungen darauf aufmerksam gemacht, daß in den Gefangenissen seines Reichsrits die Selbstbefestigung vorläufig und bis auf weitere Anordnung unter denselben Voraussetzungen gewährt wird, wie die bessere Kost in den Gefangenissen der Justizverwaltung, und daß ihre Gewährung also fernerhin nicht mehr von der Art des begangenen Vergehens oder von der Persönlichkeit des Verurtheilten abhängig ist, sondern lediglich davon, ob dem betreffenden Gefangenen nach seiner Körperbeschaffenheit oder früheren Lebensweise, die den gefundenen Gefangenen nach der Speiseordnung zu verabfolgende Kost nicht zuträglich ist. Die Entscheidung darüber, ob ein Fall dieser Art vorliegt, hängt von dem Gutachten des Gefangenärztes ab. — Die Vorschriften der General-Synodal-Ordnung machen für die nach der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung von 1873 in Funktion siehenden Kreissynoden eine Reorganisation erforderlich. Dieselbe beschränkt sich, da die Bestimmungen über den Vorsitz und die geistlichen Mitglieder der Kreis-Synoden unverändert geblieben sind, auf die gewählten Mitglieder, welche künftig aus der doppelten Anzahl der als vollberechtigte Mitglieder an der Kreissynode Theil nehmenden Geistlichen bestehen sollen und in zwei gleiche Hälften zerfallen. Die eine Hälfte entspricht dem Maße der Beteiligung, welche allen einzelnen Gemeinden des Synodalkreises durch ihre Geistlichen an der Kreissynode kommt. Es hat daher jede Gemeinde eben so viele Personen, als sie stimmberechtigte Geistliche in der Kreissynode hat, aus dem Bereich ihres derzeitigen oder früheren Amtesteins zu erwählen und als Synodalmitglieder zu entsenden. Die andere Hälfte, deren Wahl ohne Beschränkung auf derzeitige oder frühere Amtsteile aus den angesehenen, kirchlich verdienten und erfahrenen Männer zu geistlichen oder weltlichen Standes, welche dem Synodalkreise angehören, zu erfolgen hat, soll von den an Seelenzahl stärkeren Gemeinden abgeordnet werden. Hierzu bedarf es, wie der Evangelische Ober-Kirchenrat in einer jüngst ergangenen Verfügung an die Consistorien ausführt, für jede Kreis-Synode einer individuellen Feststellung, durch welche die einzelnen Gemeinden, die an der Wahl dieser Hälften zu beteiligen sind und die Zahl der ihnen beizulegenden Abgeordneten bestimmt werden. Nach Vorschrift der Synodalordnung soll hierbei die Seelenzahl als Inhalt dienen, so jedoch, daß neben dieser auch die örtlichen Verhältnisse der Gemeinden und des Kreises Berücksichtigung finden. Es wird daher nächst der Seelenzahl auch die durch die besondern Umstände bedingte Bedeutung der einen oder anderen Gemeinde in Betracht zu ziehen und was die Verhältnisse des Kreises anlangt, dahin zu streben sein, daß weder einer Gemeinde die Majorität sämtlicher Synodalmitglieder zufällt, noch umgekehrt, wenn etwa in einem Kreise nur eine bedeutende Gemeinde vorhanden ist, diese durch zu weit gehende Beteiligung kleinerer Gemeinden den letzteren gegenüber ein offenkundiges Abhängigkeitsverhältnis verleiht. Die angemessene Erledigung dieser Reparation bildet eine eben so wichtige, als schwierige Aufgabe. Dieselbe fällt für das erste Mal den Consistorien, in ihrer Verstärkung durch den Provinzialsynodal-Vorstand, nach gutachtlicher Anhörung der Kreissynodal-Vorstände, zu. Die Consistorien sind demgemäß beauftragt worden, die Vorbereitungen zur Ausführung dieser Aufgabe in Angriff zu nehmen und binnen Kurzem über den Stand der desfallsigen Verhandlungen zu berichten. Zugleich wird ihre Aufmerksamkeit auf die Theilung größerer Diözesen gelenkt, eine Maßregel, die schon früher wiederholt erwogen worden, gegenwärtig aber, wo die Mitgliederzahl der Kreissynoden eine beträchtliche Steigerung erfährt, von Neuem eine Erörterung erheischt. Der vorliegende Erlass bezeichnet es als unumgänglich, auf dem Wege der Theilung so viel als möglich dem Missstande vorzubeugen, daß eine Kreissynode zu einem Personalbestande anwächst, der mit ihrem Geschäftskreise in keinem Verhältnis steht und die geistliche Führung ihrer Verhandlungen hindert. Eine bestimmte Zahl lasse sich nicht angeben, weil

die concreten Verhältnisse hierbei in erster Stelle in Betracht kommen müssen; wenn in der Regel ein Personalbestand der Synode von gegen 50 Mitgliedern als der wünschenswerthe zu betrachten sei, so würden in einzelnen Fällen erhebliche Überstreichungen, wenn sie unvermeidlich seien, noch ertragen werden können.

[Das Jubiläum des Herrn von Bülow.] In dem festlich geschmückten Concertsaal des Opernhauses fand in den Vormittagsstunden des 1. Juni die fröhliche und bewegte Feier statt, welche dem Generalintendanten der Berliner Hoftheater, Herrn von Bülow, nach Ablauf seiner fünfzwanzigjährigen Thätigkeit von Seiten des gesammten deutschen Theaters bereitet wurde. Auf der einen Längseite des Saals war eine stattliche Baum- und Blüthengruppe errichtet, in deren Mitte in kostbarem Umrahmung das Bild Sr. Majestät des Kaisers prangte, das der selbe mit einem ebenso hübschen Handzeichnen dem Jubilar in der Früh des festlichen Tages batte überlassen lassen. Gegenüber waren auf einem Teppich einige Sessel im Halbkreis für die Familie des Jubilars aufgestellt. An den beiden Fensterseiten des Saals befanden sich Giraden, an deren einer das Orchester Platz genommen hatte. Gegen halb elf Uhr begann sich der Saal zu füllen, die Damen waren in Promenadenkleider, die Herren im Gesellschaftskostüm. Von Fr. Trieb-Blumauer und Fr. Erhartt geführt, nahmen Frau von Bülow und die übrigen Damen der Familie ihre Plätze ein. Links hatten sich die Deputationen, rechts die Mitglieder der beiden königl. Theaters aufgestellt. Auch Hofrat Schneider hatte sich hier eingefunden. Einige Minuten nach 11 Uhr erhielt der Jubilar im Saal und das Orchester intonirte das von Julius Rodenberg gedichtete, von Robert Radeke in Musik gesetzte Begrüßungstrio. Director Hein nahm darauf das Wort, um dem Jubilar in bewegter Rede, der man die Ergriffenheit anmerkte, im Namen sämtlicher Mitglieder der beiden Berliner Hoftheater den Dank, die Verehrung und die Liebe derselben auszusprechen. Ein riesiges Album mit den Photographien aller, die mit dem Jubilar zusammengelebt und zusammengetreibt, wird ihm ein freudiges Andenken von ihnen und an sie sein. Der Jubilar übergab Herrs Director Hein die handschriftlichen Handschriften zur Verleihung und mit einem dreimaligen Lebeshoch aus Herrn von Bülow, in das die ganze Versammlung in lebhafter Erregung mit einstimmte, schloß dieser erste Theil der Feier. Die Schreiben lauten:

Berlin, den 1. Juni 1876.

Sie werden sich erinnern, daß ich, als ich den 20. Jahrestag Ihres Wirkens in dem Ihrer Leitung anvertrauten Kunst-Institut benutzt, um Ihnen eine öffentliche Auszeichnung für die ausgezeichnete Art Ihrer Leistungen in dieser Stellung zu verleihen, — zugleich bemerkte, daß es herkommen sei, Seitens der Preußischen Monarchen, von dergleichen Beiträgen der Dienstleistungen, nicht vor dem 20. Dienstjahr Kenntniß zu nehmen, daß es aber deshalb nicht ausgeschlossen sei, wahres Verdienst zu jeder Zeit zu belohnen. Heute stehe ich nun wieder an einem Abschnitt Ihres Wirkens, der einer sehr allgemeinen Theilnahme sich erfreuen wird, nämlich der 25jährigen Feier Ihrer so erfolgreichen Thätigkeit. Unbeachtet darf ich eine solche Feier doch nicht lassen, um nicht ungerecht zu erscheinen, aber jenes Herkommen darf ich auch nicht versiegen. Ich werfe daher einen Blick auf Ihre gesamte Dienstzeit von 43 Jahren, in welcher Sie in der Armee, im Frieden wie im Kriege, ehrläufige Leistungen und ebenso in Ihrer nunmehrigen Lebensaufgabe. Und da wähle ich gern den heutigen Tag, um gerecht zu erscheinen, um Ihnen ein Andenken an Ihre gesammten Dienste zu widmen.

Darum sende ich Ihnen hierbei mein Bild.

Es möge Ihnen die Anerkennung und die aufrichtige Dankbarkeit ausbrechen für Alles, was Sie in der langen Zeit in Ihren Berufsstellungen hervorragendes schafften, vor Allem in der Stellung, zu der Sie mein in Gott ruhender Bruder und König vereit.

Der heutige Tag wird offenkundig beweisen, wie richtig diese Berufung war, denn die Resultate Ihres Wirkens und Schaffens liegen vor uns!

Nicht nur die funktionsrechte und sittliche Leistung haben Sie dem königlichen Institut zu erhalten gewußt, sondern auch auf die Wohlfahrt der darstellenden Künstler während und nach deren Thätigkeit haben Sie ein wohlwollendes Augenmerk gleich erfolgreich gerichtet und dies zu verallgemeinern verstanden.

Somit wird Ihnen der heutige Tag einen befriedigenden Rückblick auf Ihre Thätigkeit gönnen, wozu Ihnen von Herzen Glück wünscht

Ihr erkenntlicher König

Von Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin lief folgende Depesche ein:

Ich wünsche durch diese Zeilen der morgenden Feier im Voraußtheilnehmen zu gedenken.

Ihr Beruf, an der Spitze deutscher Kunstsäthen wie die unfrigen, ist für Sie selbst ebenso ehrenvoll, als für die Bühnen erfolgreich gewesen.

Sie müssen daher mit Genugthuung auf die lanjährige Arbeit zurückblicken und mit neuem Eifer das schöne Werk fortführen.

Als Zeichen Meiner Theilnahme sende ich Ihnen beifolgendes Andenken.

Kaiserin-Königin.

Baden-Baden, den 31. Mai 1876.

Von Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Carl lief folgende Depesche ein:

Wiesbaden, den 1. Juni 1876.

General-Intendant v. Bülow-Grellen, Französische Straße.

Ich spreche Ihnen meine besten Glückwünsche zu Ihrem heutigen Jubiläum aus und wünsche Sie noch lange Jahre in ungezweckter Kraft und Ausdauer an der Spitze der königlichen Schauspiele zu sehen.

Ihr wohlgeniechter

Prinz Carl von Preußen.

Nun folgten in langer Reihe die Ansprachen und Adressen, die Lorbeerkränze und Geschenke von Rab und Fern. Ihre Majestät die Kaiserin batte einen telegraphischen Gruß gesendet. Die Theater von Hannover, Kassel und Wiesbaden brachten durch ihre Leiter und durch Deputirte der Künstlerschaft ihre Glückwünsche dar. Im Namen der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger überreichte Herr Bieg eine Hubligungssrede. Im Namen beider Hoftheater zu Wien verlas Herr von Dingelstädt, der vor wenigen Monaten ebenfalls sein fünfzwanzigjähriges Jubiläum als Bühnenleiter gefeiert, eine mit lautestem Beifall aufgenommene Adresse. Für den Verein deutscher Bühnenästheten und Componisten waren Hofrat Rudolf Gottschall und Dr. Paul Lindau als Ueberbringer seiner Verdienst und seiner Glückwünsche erschienen. Das Hamburger Stadtttheater, durch Herrn Barnay, das Leipziger Stadtttheater durch Herren v. Stranz vertreten, schlossen sich mit hublindigen Kränzen und Geschenken an. Der Verein „Berliner Presse“ stellte durch seinen Vorsitzenden, Herrn Rob. Schwiebel, dem Jubilar seinen Dank für die Güte ab, die er dem Verein beständig bewiesen. Die Berliner Privat-Theater begrüßten durch ihre Directoren: die Herren Ledrun, Biel, Thomas, Claar, Hahn und Buchholz mit Wünschen und Lorbeerkränzen den Jubilar. Von Berliner Stadtttheater, von Stuttgarter Hoftheater, von Fräulein Clara Ziegler waren Kränze gesandt worden. Von so vielen Begrüßungen sichtlich bewegt, nahm Herr von Bülow zu einer kurzen, innigen Erwiderung das Wort. Er verglich seinen ersten Eintritt in diesen Saal am 1. Jan. 1851, wo sich ihm das damalige Personal des Hof-Theaters vorstelle,

Steuermann gedacht, der seit fünfzehn Jahren das Theatefahrzeug mit sicherer Hand gelernt. An dem Schiffe sind die Wappen der Städte, resp. der Theate, angebracht, welche sich bei dem Geschenk beteiligt haben. Auf stürmisch bewegten Wellen, in welchen grüne Glas-Römer so liegen, daß diese leicht herauszunehmen sind, gleitet das Schiff dahin; Delphine von Moncey bilden den Untersatz des reicher und gesäglichen Kunstwerkes.

Der Fall brachte damit den Vorsitz der herzlichsten Glückwünsche des Vereins dar und Herr von Butsch überreichte ihm von Seiten des Großherzogs von Baden das Großkreuz zum Orden des Jähringer Löwen.

Paderborn, 31. Mai. [Preßprozeß.] Dieser Tage verurteilte das Kreisgericht zu Paderborn den Redakteur des dasselb erscheinenden „Westfälischen Volksblattes“ wegen Beleidigung des Königs von Bayern zu einer Festungshaft von zwei Monaten. Veranlassung zu dieser Verurteilung gab die in seinem Blatte veröffentlichte Wochenschau vom 17. November v. J., in welcher König Ludwig in hämischer Weise angegriffen war, weil er die Beschwerde-Schrift der bayerischen Bischöfe an den Minister v. Lutz abgegeben hatte. Wegen derselben Beleidigung hatte das Kreisgericht zu Dorsen den Redakteur des dasselb erscheinenden „Wochenblattes“ zu drei Monaten Festungshaft verurtheilt. Den Einwand des Vertheidigers, daß der König von Bayern die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung der Angeklagten nicht erhielt habe, erachtete der Gerichtshof durch eine Mittheilung des preußischen Gesandten in München, Frhrn. v. Werlhern, an den Fürsten Bismarck über die Seiten des Königs von Bayern ertheilte Ermächtigung für widerlegt.

Trier, 31. Mai. [Bischof Eberhard von Trier †.] Durch ein Telegramm haben unsere Leser bereits den Tod des Bischofs Eberhard erfahren. Nachdem derselbe vor einiger Zeit an einer fataleischen Brustaffection gelitten, war er bereits so weit wieder hergestellt, daß nur einige asthmatische Beschwerden zurückblieben. Gestern Morgen 5 Uhr erlag er, wie gemeldet, einem Schlafanfall. Geboren zu Trier, den 1. November 1815, zum Priester geweiht den 23. Februar 1839, vom Papste Pius IX. zum Bischof von Paneas i. p. i. und zum Auxiliar-Bischof für die Diözese Trier ernannt am 7. April 1862, consecrirt zu Trier den 8. August 1862, vom Domkapitel zum Bischof gewählt den 16. Juli 1867, in der Domkirche zu Trier inthronisiert den 13. November 1867, starb Bischof Eberhard somit in seinem 61. Lebensjahr, nachdem er 38 Jahre Priester gewesen und 9 Jahre den bischöflichen Stuhl eingenommen hatte.

Dresden, 31. Mai. [Der Gesetzentwurf, betreffend die Ausübung des staatlichen Oberaufsichtsrechts über die katholische Kirche im Königreich Sachsen, hat dieser Tage die Schlusserörterung der zweiten Kammer passiert und ohne wesentliche Modifizierungen die Genehmigung derselben erhalten. Gegen das ganze Gesetz erhoben sich nur 8 Stimmen, darunter das einzige Kammermitglied katholischer Konfession; aber auch dieses verwarf sich dagegen, daß seine Opposition einem extrem katholischen Standpunkt zugeschrieben werde. Der Vertreter der konfessionellen Minderheit beurteilte vielmehr in entschiedener Weise die Schroffheit gewisser Glaubensgenossen, die aus dieser Vorlage die Übertragung des „Cultuskampfes“ auch nach Sachsen zu deduciren versucht haben, und constatirte mit ausrichtiger Befriedigung, daß es kaum ein zweites Land gebe, wo für konfessionelle Konflikte so wenig Boden sei, als in Sachsen. Nicht minder deutlich verriethen die Aussätzungen des Cultusministers Dr. von Gerber die ernsthafte Absicht der Staatsregierung, das kostbare Gut des religiösen Friedens dem Lande zu bewahren. Bei Ablösung der Beschränkung des Placet wußt der Minister ausdrücklich darauf hin, daß es namentlich für einen Protestant eine peinliche Empfindung sein müßt, Angelegenheiten, welche lediglich innere Fragen der katholischen Kirche betreffen, zu censurieren. — Ein Antrag von nationalliberaler Seite, welcher nach Analogie der preußischen Gesetzgebung die Bekündigung oder Anwendung von den Staatsregierung nicht genehmigter Verordnungen im Gesetz mit Geld, resp. mit Freiheitsstrafen bedrohen wollte, wurde mit 52 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Minister v. Gerber sprach das zuversichtliche Vertrauen in die katholischen Befürworter aus, daß die Regierung nicht in die Lage kommen werde, Strafen in Anwendung zu bringen. In einem Lande, in welchem kaum 2 Prozent der Bevölkerung der katholischen Konfession angehört, sei ein solches Strafystem gewiß nicht am Platze. Ein Strafsystem, welches über das Bedürfnis hinausgeht, wäre dem Gesetz nicht einen gehässigen Charakter aufzuprägen, welchen die Regierung unter allen Umständen vermeiden wolle. Sämtlichen Rednern geführt nach der „Vol-Terr.“ das rhomatische Zeugnis, daß sie, gleich dem der Fortschrittspartei angehörenden Referenten, von der Überzeugung durchdrungen waren, daß es vollständig fern liegen müsse, Sachsen zum Schauplatze des sogenannten Cultuskampfes zu machen. Nach Annahme des Gesetzes beschloß die Kammer einstimmig, die Staatsregierung zu erufen, daß dieselbe wegen Befürchtung eines jeden Einflusses ausländischer (böhmischer) katholischer oder weltlicher Behörden auf die beiden oberlausitzer Nonnenlöster Marienthal und Marienstein und wegen Unterstellung derselben unter das Ordinariat des Domstifts zu Baunen Einleitung treffe.

## Frankreich.

Paris, 30. Mai. [Zu den orientalischen Angelegenheiten.] Folgendes ist der wesentlichste Inhalt der Havas'schen Note: „Man weiß, daß die französische und die italienische Regierung unmittelbar nach der Berliner Konferenz dem Memorandum des Fürsten Goritschakoff zugestimmt haben. Das Memorandum war dem französischen Gesandten in Berlin vorgelesen worden, welcher die Hauptpunkte in einer Analyse seiner Regierung übermittelt hatte. Beim Empfang des Depeches des Botschafters eben stimmte die französische Regierung im Principe dem Memorandum zu und schloß sich der Gesammtion der Mächte an, welche nach ihr das Bestreben nach Frieden einfloß. England, welches ohne Zweifel für seine Interessen in Indien, wo ein Theil der Bevölkerung mußtmäßig ist, eine Gefahr in jeder wirklichen oder anscheinenden Schwächung der hohen Porte sah, verweigerte seinen Beitritt zum Memorandum. In Folge dieser Weigerung von Seiten Englands erklärte die hohe Porte den Vertretern der Mächte in den Unterredungen, welche die leichten mit den Ministern des Sultans hatten, daß sie im Memorandum enthaltenen Punkte als eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten nicht annehme, daß sie versprochen hätten, die notwendigen Reformen auszuführen, aber den Wunsch hege, mit der Unterdrückung der Insurrection fortzufahren. Herr de Bourgoing, der französische Gesandte in Konstantinopel, leiste seine Regierung von den Absichten der hohen Porte in Kenntnis. Dieselben hatten nicht den Charakter einer offiziellen Antwort, da der Porte noch keine offizielle Mittheilung von dem Memorandum gemacht worden. Seitdem hat man in Paris nichts aus Konstantinopel erhalten, was eine neue Weigerung der Porte sei, es in Bezug auf den speziellen Punkt des Waffenstillstandes oder auf die anderen Punkte des Memorandums ankündigte. Die französische Regierung scheint in allen diesen Ereignissen nur den einen Wunsch zu haben, die Beschwichtigung im Orient, die Befreiung jedes Conflicts, die Verständigung der Mächte zu demselben Zweck der Beschwichtigung herbeizuführen. Man begreift übrigens, daß die Frage eine heile ist, da es sich darum handelt, Interessen zu vermittelnden, die einander entgegengesetzt scheinen, ohne doch bei diesen Unterhandlungen den einen oder den anderen Theil zu verleihen, und eine Entscheidung zu veranlassen, welche gegen den beabsichtigten Zweck auszuschlagen oder Frankreich kostbare Sympathien entfremden könnte. Gegenüber der Haltung Englands hat die französische Regierung sich bereit, direct oder durch Vermittlung der Botschafter in Unterhandlung mit der englischen Regierung zu treten. Man unterhandelt also. Es werden Depeschen zwischen London und Versailles gewechselt bezüglich Feststellung der Punkte, welche England an dem Memorandum geändert zu sehen wünscht und in Betreff deren ein Uebereinkommen der 6 Mächte zu treffen wären. Man glaubt, daß eine Konferenz der 6 Mächte das beste Mittel wäre, die Verständigung herbeizuführen. England könnte sich dem Zusammentreten dieser Konferenz anschließen, ohne darum den Entscheidungen derselben zu stimmen. Es behielt völlig freie Hand für die Zukunft. Aber man glaubt, daß das ein erster Schritt im Sinne der Verständigung sei und daß man sich leichter bei einer allgemeinen Zusammenkunft, als bei vereinzelter Action verständigen könne. Mit Unrecht behauptet ein englisches Blatt, daß Frankreich offen und offiziell zu einer europäischen Konferenz die Initiative ergriffen habe. Diese Initiative würde weder seiner Situation noch dem Versöhnungswerte selber anstreben. Frankreich könnte die Initiative nur ergreifen, wenn es im Vorauß der Zustimmung Englands und der anderen Mächte gewiß wäre. Die Nordmächte scheinen Frankreich in diesem Versöhnungswerte zu ermutigen. Das Memorandum ist der Porte nicht offiziell mitgetheilt worden. Die Mächte erwarten eine endgültige Entscheidung Englands. England hat das Principe

des Waffenstillstandes nicht zurückgewiesen und alles läßt hoffen, daß auch die Türkei dasselbe nicht zurückweisen wird, wenn sie nicht durch die Haltung Englands ermutigt wird.

Paris, 30. Mai, Abends. [Die Revolution in Konstantinopel. — Das neue Municipalgesetz.] Das Tages-Ereignis ist natürlich die vom Telegraphen gemeldete Umwälzung in Konstantinopel. Der türkische Gesandte Sadik-Pascha hat heute Vormittag dem Duc Decazes die Mittheilung gemacht, daß Abdul-Aziz auf den allgemeinen Wunsch seiner getreuesten Unterthanen des Thrones entsetzt worden und sein Neffe, der älteste Sohn Abdul-Medjid's, unter dem Namen Murad V. zum Padischah proclamirt worden ist. Dieses Ereignis vereinfacht jedenfalls die Lage. Man glaubt, daß Midhat-Pascha, das gemäßigte Haupt der Jungtürken, zum Großvezier ernannt werden soll und daß der heutige Botschafter Sadik-Pascha, falls er nicht zu rascherer Belegung der vorhandenen diplomatischen Schwierigkeiten noch für einige Zeit in Paris zu verweilen hätte, in das Finanzministerium berufen werden dürfte. Als künftigen Minister des Außenfern nennt man Khalil-Sherif-Pascha. In den Kreisen, die mit den Bestrebungen der Jungtürken vertraut sind, schreibt man Midhat-Pascha die Absicht zu, weitgehende Reformen herbeizuführen, welche der Türkei eine europäische Gestalt geben sollen. Das ist allerdings leichter gesagt als gethan; aber es ist merkwürdig genug, daß die Ulema's nicht prinzipiell einer solchen Umwälzung entgegen sind. Sie suchen einen modus vivendi mit den christlichen Unterthanen der Porte, welcher eine friedliche Beilegung der vorhandenen Wirren um so leichter ermöglichen würde, als die europäischen Mächte der Erhaltung der türkischen Macht augenblicklich nicht ungünstig sind. Man erwartet, daß die Annahme des von den drei Kaisern vorgeschlagenen dreimonatlichen Waffenstillstandes eine der ersten Maßregeln der neuen Regierung sein wird, und man setzt voraus, daß auch die Insurgenten sich nach diesen Ereignissen williger und vertrauensvoller zeigen werden. Auch von England wird erwartet, daß es seine abweisende Haltung ändern und den freundlichen Rathschlägen Frankreichs nachgebend, die vom Herzog Decazes vorgeschlagene nachträgliche Conferenz der sechs Großmächte annehmen dürfe.

Das neue Municipalgesetz, in der Fassung, wie es in seinen Grundzügen gestern vom Minister des Innern vorgelegt worden ist, drohte die guten Beziehungen zwischen dem Cabinet und der republikanischen Partei einzermassen zu gefährden. Seit gestern wird in den Coulissen der Kammer von nichts anderem gesprochen, als von dem Verhalten, welches de Marçére dem Beschuß der gesammten Linken gegenüber annehmen werde. Die reactionären Blätter beeilten sich schon, in dem Municipalgesetz die Klippe zu entdecken, an welcher das junge Ministerium scheitern werde. Natürlich konnte auch de Marçére selbst nicht mehr auf Erfolg rechnen, seitdem er sich einer so compacten Masse von Gegnern gegenüberstehend, und er hat deshalb im Verein mit seinen Collegen klugerweise davon abgestanden, aus der Annahme des Municipalgesetzes eine Cabinetsfrage zu machen. Im heutigen Ministerrat sollte eine officielle Entscheidung in diesem Sinne erfolgen.

[Prinz Jerome Napoleon] nahm gestern zum ersten Mal an den Kammerverhandlungen Theil. Der Bussel'sche „Francais“ bemerkte hierzu: Der Prinz saß einfach auf seiner Bank, wurde viel beobachtet aber wenig angesehen. Der General de Chenal allein bekümmerter sich nicht um die Quarantaine. Man erzählte auch, daß Janvier de la Motte ihn im Vorbeigehen begrüßt hat, doch ist diese Thatsache nicht festgestellt. Der Prinz sah ernst und düster aus, wie ein verbrießlicher César. Die Art und Weise, in welcher er auf die Bänke der Bonapartisten blickte, erinnerte unwillkürlich an Neptun und das Quo ego.

[Die Zahl der Unterprefekten,] die, mit ihrer Versetzung unzufrieden, ihre Entlassung eingereicht haben, beläuft sich auf 10. Es wird dadurch ein erster Schub im Präfectorialpersonal notwendig, mit dessen Vorbereitung sich der Unterstaatssekretär Faye schon beschäftigt.

[Der Unterrichtsminister Waddington] hat an die Rectoren sämtlicher Universitäten Frankreichs ein Rundschreiben gerichtet, welches durch die kürzlichen Kundgebungen der Pariser Studenten veranlaßt worden ist.

Paris, 31. Mai. [Parlementarisches. — Waddington. — Die Bonapartisten und Clericalen. — Die türkische Revolution. — Personalien.] Die parlamentarischen Nachrichten werden immer spärlicher; in Erwartung der auf morgen festgesetzten Unterrichtsdebatte verharrt die Kammer noch in angenehmen Far nichts, und vermutlich um dieselbe nicht zu beschämen, debattirte der Senat über sein Reglement in so anregender Weise, daß die Senatorn, Brichtsfalter, Stenographen und Huissiers in Gefahr sind, darüber einzuschlafen. Das einzige nennenswerte Ergebnis des gestrigen Tages bestand in einem Beschuß der Budgetcommission; diese hat ein Amendement Guyot's angenommen, wonach der im vorigen Jahre verfügte Aufschlag auf die Salzsteuer wieder abgeschafft werden soll. Guyot wußt nach, daß dieser Aufschlag, von dem man sich eine beträchtliche Mehreinnahme versprach, den Salzverbrauch so vermindert habe, daß die Mehreinnahme beinahe illusorisch wird. Bei der Unterrichtsdebatte scheint es lebhaft hergehen zu wollen. Paul de Cassagnac, de Castellane und Keller werden für die clericalen Forderungen eintreten; sie haben sich, wie es heißt, auf eine Antwort Gambetta's gefaßt zu machen. Die ultramontanen Blätter schlagen um die Wette auf den Unterrichtsminister Waddington los; inzwischen haben die politische und die gelehrte Welt gestern eine Gelegenheit benutzt, diesem Minister ihre Sympathie zu beweisen. Waddington gab ein Fest, welches aufs Glänzendste besucht war. Mac Mahon, die Minister, die Vertreter der Akademien und aller hohen Schulen, die meisten Deputirten und Senatoren hatten sich eingefunden. Aber die Clericalen fehlten und mit ihnen die Bonapartisten, welche entschieden auf dem Wege sind, durch ihr immer engeres Bündnis mit der Partei des Syllabus sich der öffentlichen Meinung vollends verhaft zu machen. — Die reactionäre Coalition im Senat hat, wie man versichert, Buffet den Vorschlag gemacht, bei der Wahl eines lebenslänglichen Senators (an Ricard's Stelle) für ihn zu stimmen. Herr! schütze mich vor meinen Freunden! mag Buffet bei dieser Gelegenheit sagen; der Ex-Vizepräsident hat denn auch großmuthig abgelehnt mit der Erklärung, daß er sich „bis zum Jahre 1880“ dem politischen Leben fern halten wolle. Seine Freunde werden also ihr Auge wohl wieder auf Chênelong wenden, der für seine jüngste Wahliederlage nur ungenügend durch eine Condolenz-Botschaft des Grafen von Chambord und einen Segen des Papstes entschädigt worden ist. Aber der Candidatur Chênelong dürfte auch im Senate schwierig ein Erfolg beschieden sein. — Die Presse ist mit der Revolution von Konstantinopel vorzugsweise beschäftigt. Wenn man nach der Sprache des „Moniteur“ urtheilen will, so hat dies Ereignis, welches doch durch verschiedene Vorzeichen angekündigt wurde, im Ministerium des Auswärtigen eine unangenehme Überraschung hervorgerufen. Das Organ des Duc Decazes widmet der Nachricht aus Konstantinopel vorerst nur eine kurze, ziemlich verdrießliche Note. „Die Folgen derselben, sagt es, lassen sich unmöglich sofort vorhersehen. Man muß jedoch hoffen, daß diese neue Verwirkung nicht das Verständnis der Mächte zerstören wird, und wir wollen noch auf eine friedliche Lösung rechnen.“ In einem längeren Artikel

kritisirt dagegen der „Moniteur“ das Benehmen der Sosta's, die sich mit der Politik statt mit ihren Studien befassen. Sehr pessimistisch sieht das „XIX. Siècle“ die Lage an und meint: „Die Elemente, aus welchen das ottomanische Reich besteht, sind zu heterogen, als daß man eine Repräsentativ-Regierung einführen könnte. Kann man voraussezten, daß die Sosta's geneigt sind, den Christen vollkommen politische und sociale Gleichberechtigung einzuräumen? Wenn die Sache sich so verhielte, so thäten die Türken besser, sofort und bis auf den letzten Mann Europa zu verlassen und über den Bosporus zu gehen. Es wird mit den jetzigen Reformvertheilungen werden, wie mit den früheren, und wir können dem hinzufügen, daß es wohl anders sein kann, wenigstens was die christliche Bevölkerung der Türkei angeht. In Summa glauben wir, daß wenig Hoffnung bleibt, die jetzigen Schwierigkeiten anders als durch einen Krieg gelöst zu sehen. Die „Débats“ behandeln noch fast ausschließlich die diplomatische Frage, ohne auf das gestrige Ereignis Rücksicht zu nehmen, und sie kommen zu der Forderung, daß man künftig den wahrschauenden Charakter der orientalischen Würren erkennen und erst in Separat-Conferenzen, „sozusagen in einem Winkel“, besondere Beschlüsse fasse. Von der Revolution meinen schließlich die „Débats“ nur, daß sie den Zustand der Türkei wohl zum Schlimmern ändern könne. Die meisten Journale aber sehen in der Erziehung Abdul-Azis durch Murad einen günstigen, für den Frieden glückverhenden Umstand. So sagt die „République“: Es liegt in dieser Gesamtheit der Thatsachen die Quelle einer beträchtlichen Beschwichtigung im Orient. Viele Beschuße verschwinden oder sich mildern, wenn nur der neue Sultan einen einigermaßen wirklichen guten Willen für das Wohlsein seiner Unterthanen beweist. Die Ernennung Midhat Pascha's zum Großvezier wäre ein beruhigendes Symptom, denn Midhat wäre ein wahrschauender Nachfolger Juad's und Ali's. Die Mächte ihrerseits müssen der neuen türkischen Regierung einen Credit gewähren und ihr die Zeit lassen, ihre Reformen auszuführen.“ — An der gestrigen Abendbörse auf dem Boulevard blieb die Stimmung eine sehr zuversichtliche und die Haiffe der Rente wie der Türken dauerte fort, obgleich allerlei Gerüchte umgingen, die nicht sehr beruhigend klangen. Man wollte wissen, daß Goritschakoff die Nachricht von der Revolution in Konstantinopel sehr unwillig aufgenommen habe, daß Abdul-Aziz gar nicht abgedankt habe, sondern erdrostet worden sei und manches Andere. Was aus dem bisherigen Sultan geworden, darüber weiß man nichts Bestimmtes. Nach einer Depesche wird er in einem Kloster an der Spitze des Serails bewacht, nach Anderen ist er auf der Flucht, die „République“ behauptet aus guter Quelle zu wissen, er habe sich auf ein englisches Schiff geflüchtet. — Gestern Abend ist, wie es heißt, der französische Gesandte in Berlin, Contaut-Brion, hier angekommen. — Die letzten Mittheilungen über Casimir Perier's Zustand lauten wieder beruhigend.

## Spanien.

Madrid, 26. Mai. [Zur Lage der überseeischen Provinzen.] Victor Balaguer, der bekannte catalanische Dichter und frühere Colonial-Minister, brachte, so schreibt man der „A. Z.“, vorgestern in den Cortes die traurige Lage der überseeischen Provinzen zur Sprache. Der Aufstand auf Cuba, weit entfernt davon, gedämpft zu sein, erhebe sein Haupt kräftiger als je zuvor, und das Mutterland könne wegen des mörderischen Klimas vor dem Monat October keine neuen Verstärkungen dorthin senden, so daß die Schwierigkeiten ständig würzeln. Rubi's Reformvorschläge seien abgewiesen worden, die alte Wirthschaft daure fort und man sei dabei jetzt endlich so weit gekommen, daß die Hilfsquellen des Landes nicht mehr genügen, um die Kriegskosten zu bestreiten. Spanien solle helfen nicht nur mit Leuten, sondern auch mit Geld. Der General-Capitän Jovellar verlange einen täglichen Zuschuß von 1 Million Realen, den Herr Salaverria aufstreben müsse, auf welche Art und Weise, darüber sei derselbe vielleicht selbst noch nicht mit sich im Klaren. Die Zeitungen hätten in den letzten Tagen eines Gerichts Erwähnung gethan, wonach sich ein englisches Haus zu einer Anleihe gegen Verpflichtung der cubanischen Zolleinnahmen hergeben wolle. Das Klinge nun zwar recht angenehm, sei aber darum doch nicht wahrscheinlich. Würden sich überhaupt noch Leute finden, die auf Grund der Einnahmen, welche eine durch und durch verderbte Verwaltung bei fast gänzlich niedrigem Handel erzielen soll, Geld vorzuschicken geneigt wären? Auch könnten Scandale, wie der des Intendanten Alaga, der so eben wegen Unterschlagung von 20 Millionen Realen auf Befehl Jovellar's in Haft genommen worden sei, das Vertrauen auf cubanische Zustände, wenn überhaupt noch Vertrauen bestehet, durchaus nicht stärken. Weniger trostlos in finanzieller Beziehung sei die Lage der Philippinen, wo das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben beinahe hergestellt sei. Die Inselgruppe sei aber leider nur durch sehr lose Bande an das Mutterland geknüpft. Es bestände keine regelmäßige Dampfschiffverbindung und nur fünf Prozent der Ausfahrt gingen nach Spanien. Von diesen fünf Prozent beständen vier aus Tabak für die königlichen Manufacturen und nur ein Prozent komme auf den nicht offiziellen Handel. Spanien regiere dort wie überall, wo seine Fahne weht, über Angehörige fremder Nationen, worunter namentlich viele Deutsche; sie hätten Grundbesitz, Industrie und Handel in Händen. Sogar Puerto Rico, diese treueste aller Colonien, lasse einen Schmerzenskrieg entzünden ob der unerträglichen Lasten, der stiefmütterlichen Behandlung und der schamlosen Wirthschaft der spanischen Beamten. — An die jüngst erleidete Verfassung reichte sich ein Gesetzentwurf über die Bildung der Gemeinde- und Provinzialräthe, welcher noch in derselben Sitzung vom Minister des Innern vorgelesen wurde. Die liberalen Mitglieder der Kammer sind davon nicht entzückt und auch ein namhafter Theil der Tagespresse spricht sich abfällig darüber aus. Mit dem allgemeinen Stimmrecht ist es danach vorbei; man muß Grundsteuer bezahlen, Beamter sein oder einen akademischen Titel besitzen, um wählen zu dürfen und gewählt zu werden. In Gemeinden unter 30,000 Einwohnern wird der Bürgermeister gewählt, in den anderen von der Regierung ernannt, und zwar kann dieselbe mit dieser Würde auch solche bekleiden, die nicht Mitglieder des Gemeinderaths sind.

## Großbritannien.

A. A. C. London, 30. Mai. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] wurde die vom Unterhause passirte Kaufahrt-Bill eingestellt und ohne Debatte zum ersten Male gelesen. Einige andere Vorlagen wurden durch das Stadium der zweiten Lesung gefördert.

[In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] begannen die Verhandlungen mit einer Menge Ankündigungen und Anfragen. Russell Gurney zeigte an, er werde bald nach Pfingsten die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Umstände lenken, unter welchen die türkische Anleihe von 1854 emittiert wurde, und einen daran bezüglichen Antrag stellen. Hanbury Tracy interpellierte den Marineminister, ob er irgend welche Schritte zu tun gedenke, um die zahlreichen fremdländischen Offiziere gewährten Gelegenheiten, mit all' den neuesten Verbesserungen und Veränderungen in den Plänen der auf den Staatswerken gebauten Schiffe, sowie mit den Ergebnissen der mit so großen Kosten für das Land verknüpften Experimenten bekannt zu werden, zu beschränken, und ob er, falls er außer Stande sei, der gegenwärtigen Sitte, fremden Offizieren Alles zu zeigen, ein Ende zu setzen, dieselbe Gelegenheit, Information zu erwerben, den englischen Offizieren gewähren würde. Ward Hunt erwiderte, daß die Ausländer gewährte Erlaubnis, die vaterländischen Werften und Arsenale besuchen zu können, ges-

hissen Bestimmungen unterworfen sei; es würden denselben aber keine besonderen Gelegenheiten geboten, mit den Ergebnissen von Experimenten bekannt zu werden, ausgenommen unter der Bedingung der Reciprocity, und ausnahmsweise Privilegien würden nur zugestanden, wenn die ausländischen Regierungen, welche sie verlangten, solche ihrerseits englischen Offizieren alle Gelegenheiten gewähren. Die Admiralty gestatte ihren eigenen Offizieren alle Gelegenheiten, sich Information zu erwerben, wo es für nötig erachtet werde. Demnächst fragte Hamond den Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, ob an der im "Standard" vom 26. d. Mts. von dessen Corresponsenten in Konstantinopel so positiv gemachten Angabe: der englische Botschafter dafelbst habe die Anzahl ausgedrückt, daß es eine ewige Schande für die Türkei sein und deren Credit völlig vernichten würde, wenn der proponierte Plan für die Concession ihrer Schul u. s. w. von der gegenwärtigen türkischen Regierung nunmehr fallen gelassen würde, etwas wahres sei, und wenn so, ob der englische Botschafter im Hinblick darauf, daß dieser Plan glänzend unautorisiert sei und von den englischen Bondsbesitzern völlig desaburden worden — ein Umstand, den Sir Henry Elliott wohl wisse — diese Erklärung mit der Erwähnung des auswärtigen Amtes abgegeben habe, oder ob dieselbe bloß ein persönlicher und unautoritärer Ausdruck seiner eigenen Meinung sei. Ferner wünschte Hamond zu wissen, ob irgend ein Schriftwechsel zwischen dem auswärtigen Amte und dem englischen Botschafter über die Angelegenheit existiere, und ob derselbe vorgelegt werden könnte. Bourke antwortete: So weit die Regierung weiß, ist an dieser Angabe des Konstantinopeler Corresponsenten des "Standard" kein wahres Wort. Ihrer Majestät Vertreter in Konstantinopel ist nicht instruiert oder ermächtigt worden, die ihm in Betracht der Finanzlage der Türkei zugeschriebene Sprache zu führen. Unter diesen Umständen glaube ich nicht, daß es möglich ist, Ihrer Majestät Botschafter in Konstantinopel könnte die Sprache, mit der er creditirt worden ist, gefügt haben. Ich brauche dem nach kaum zu sagen, daß sich im Auswärtigen Amt kein Schriftwechsel über den Gegenstand befindet. In Erwideration einer Interpellation Callan's bezüglich der Emma-Mine-Angelegenheit erklärte der Premierminister, seine Aufmerksamkeit sei auf den Bericht der Vorgänge vor dem Ausschüsse des nordamerikanischen Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten betreffs der Emma-Mine gelenkt worden, aber derselbe sei ihm nicht in jener authentischen Weise zugegangen, die ihn rechtfertigen dürfte, einen so ernsten Schritt, wie das Einholen des Gutachtens der Kronjuristen-Betriebs der Räthlichkeit, eine Criminal-Untersuchung gegen die Gründer der Emma-Mine-Company in England einzuleiten, zu thun. Callan kündigte darauf an, er werde bei nächster Gelegenheit die Niedersetzung eines Sonderausschusses zur Untersuchung der Umstände, unter welchen die Actien der Emma-Mine-Company, der Canadian oil Wells und der Lisbon Steam Tramway Company auf den englischen Markt plaziert worden seien, beantragen. Ein Antrag Mitchell Henry's brachte sodann das Besteuerungs-System in Irland zur Sprache. Henry verlangte, das Haus möge beschließen, daß kein finanzielles Arrangement befriedigend sein könne, welches keine Fürsorge treffe, um Irland von einer Steuerlast zu befreien, deren Tragung im Vergleich mit Großbritannien seine Fähigkeit übersteige. Zur Begründung seines Antrages führte der irische Deputirte an, daß Irland vor 23 Jahren 4,500,000 Pfds. St. in Steuern zahlte, während es jetzt, nachdem die Bevölkerung um 2% Millionen Seelen abgenommen und viele Tausende von Morgen Landes nicht mehr unter Anbau seien, 8,000,000 Pfds. St. zahlen müsse. Der O'Connodorn unterstützte den Antrag mit dem Vermerk, daß Irland nicht seinen billigen Anteil an den Zuschriften zur Erleichterung der Localsteuer erhalten habe. Die irischen Mitglieder Dr. Ward und Butt sprachen ebenfalls zu Gunsten des Antrages, aber nachdem der Schatzkanzler den Haupteinwürfen des Antragstellers und dessen Freunden begegnet und insbesondere bestritten, daß die Beiträge, welche Irland zur Erleichterung seiner Localsteuerlast empfangen, nicht im Verhältnis zu denen Englands ständen, wurde der Antrag zurückgeworfen. Die Customs and Ireland Revenue-Bill wurde hierauf zum dritten Male gelesen, dagegen die Consolidate Fund Bill, welche für die Bedürfnisse des Staates die Summe von 11 Millionen Pfds. St. flüssig macht.

Über Oberst Gordon's Expedition sind in Cairo am 28. d. Mts. aus Khartum folgende Nachrichten eingegangen: "Der Nila-See ist offen und seine Ufer sind in gutem Zustande. Der See hat eine Länge von 145 Meilen und eine Breite von 60 Meilen. Ghizy hat denselben in 45 Tagen auf Booten umschifft. Oberst Gordon wird binnen Monatsfrist in Khartum erwarten."

## R u s s i a n d .

— St. Petersburg, 29. Mai. [Wiederhall der Auseinandersetzungen des Grafen Andrássy.] Die Beurtheilung alles dessen, was der Graf Andrássy über die orientalischen Dinge vor den Delegationen gesprochen, oder was von Seiten Englands ausgegangen, geschieht hier immer unter großer Reserve, mit Ausnahme des "Russe Mir", das entsetzt terrible unsere Presse. Die Presse hält immer daran fest, daß in Bezug auf die eigentlichen Resultate der Berliner Conferenz bisher nichts Positives bekannt ist. Dagegen entnimmt der "Golos" den Neußerungen des Grafen Andrássy einige Überzeugungen negativer Art, deren Gewicht aber in keinem Falle zu unterschätzen ist. Es ist also den Neußerungen des Grafen Andrássy zu entnehmen:

- 1) daß dem europäischen Frieden absolut keine Störung droht;
- 2) daß der Herzogowiner Brand nicht weiter um sich greift, daß ihm von der Nachbarschaft keine Nahrung zugeführt wird;

3) daß die Befestigung der Friedensstörung in den insurgirten Gebieten anzustreben ist und von den Kaiserstämmen angestrebt wird.

Dass die Beziehungen zwischen den drei Kaiserstämmen unerschüttert geblieben, haben die hervorragenderen russischen Blätter von jeher als selbstverständlich angenommen, und diese Überzeugung allen Alarmisten nachdrücklich immer entgegengehalten. Die gegenwärtige Abstinenz Englands erklärt sich der "Golos" auch durch eine Eisersucht Englands, daß die drei Kaiserstämmen die Pacification in der Türkei betreiben, und als eine Art von Verdruss darüber, daß trotz allem Gerede der Alarmisten die Eintracht der Kaiserreiche nicht zu erschüttern möglich gewesen. Die Stimmung des englischen Volkes betrachtet der "Golos" keineswegs als der Türkei günstig, und der Brief des früheren energischen Türkenfreundes Lord Stratford de Redcliffe in der "Times", welcher der Fiction, als sei die Türkei in Wahrheit noch ein unabhängiger Staat und als könne sie der Bevormundung Europa's entbehren, entgegentrat, hat bei uns eine höchst nachhaltige Wirkung hervorgebracht. Die "Moskauer Zeitung" sagt, die Ansichten des Lord Stratford seien ganz genau diejenigen, die früher Russland gehabt, nur daß seit 1856 glücklicherweise nicht mehr Russland allein, sondern nun ganz Europa sich für die Lage der Christen interessirt. Die Interpellationen, mit welchen man in den Delegationen dem Grafen Andrássy gegenüberstand, waren mehr oder weniger von Seitenblicken gegen Russland begleitet, und mit einem Material aus der historischen Rumpelkammer ausgestattet, welches der Graf Andrássy durch seine Erläuterung, was er unter allein berechtigter "Tradition" versteht, allerdings deutlich zurückgewiesen wurde. Uns kann es in diesem immer nur in Erstaunen setzen, wie man bei dem abgewichschafften türkischen System, das schließlich jeden Staat, der danach geht, über kurz oder lang zu Grunde richten muß, noch nach außerhalb der Türkei liegenden Ursachen des Verfalls suchen kann. Wenn es einem Staat daran gelegen hätte, die Türkei zu ihrem heutigen Bankrott zu bringen, so brauchte er seit 20 Jahren nichts zu thun, als in allem, was von der Pforte ausging, ein Muster politischer Weisheit zu sehen, und die Türkei wirklich als ein Land zu betrachten, dem man absolut gar keine Rathsätze zu ertheilen hätte. Als der Herzogowina-Aufstand begann, brauchte man die ganze Affäre nur zu ignorieren, und der Brand wäre auf der Balkanhalbinsel längst allgemein. Es ist kein Kunststück, in tendenziöser Weise alle historische Vorwürfe immer neu aufzuwärmen, auch wenn der wirkliche Verlust der Gegebenheiten das Gegenteil bestätigt, als was diese Lieblingsmeinungen behaupten wollen. Wenn ein Staat wie die Türkei, wie auch Stratford de Redcliffe sagt, seit Jahrhunderten auf den

eigenen Verfall losgearbeitet hat, ist nichts Verwunderliches daran, daß ein Zeitpunkt eintrete, wo die Mächte Alles thun müssen, um einen Zusammensturz, auf welchen man nicht hinlänglich vorbereitet ist. So weit als möglich hinauszuschließen, so lange als möglich hinzuhalten. — Die Action der Mächte in der Türkei kann also nur die Bedeutung haben, daß — so viel es unter den gegenwärtigen aufgeriegelten Leidenschaften möglich ist — alles das abgewandt werde, was den Zusammensturz der Pforte beschleunigen, oder was den Brand weiter ausbreiten könnte. Das übrige Europa ist bei der Einmündigkeit der drei Kaiserstämmen sicher, daß es von dem Brande nicht affiziert wird; hinsichtlich der Türkei selbst hat man auf den Einfluß der Mächte zu rechnen, wenn auch die Leidenschaften der türkischen Bevölkerung selbst allerdings sich nicht unter allen Umständen übersehen lassen. Die türkenfreudlichen Organe dagegen, welche Mützen gegen die Verbündeten Conferenzen predigen, erweisen der Türkei selbst den allerenschlechtesten Dienst, wenn sie die türkische Bevölkerung veranlassen, die Ursachen des Verfalls ihres Reiches anderswo zu suchen, als in ihren eigenen Verwaltungsmaximen. Was die Rede des Grafen Andrássy vor den Delegationen betrifft, so äußert der "Golos" allerdings nicht ganz zu verstehen, wie zwischen den Insurgenten und der türkischen Regierung ein Waffenstillstand zu vereinbaren wäre, wenn die Ersteren nicht als kriegsführender Theil anerkannt würden: doch räumt er auch von selbst ein, daß sich die Sache vor der Publication genauerer Daten nicht gehörig beurtheilen lasse. Am Wenigsten versteht der "Golos", worauf diejenigen, uns meistens feindlichen Organe sich stützen, welche Russland den Vorschlag zuschreiben, daß Österreich in Bosnien einmarschiere! Der "Golos" weiß gar nicht, wann und wo überhaupt bei uns eine solche Theorie angedeutet oder ausgesprochen worden wäre, daß der Einmarsch Österreichs in die Türkei russischen Interessen entsprechen sollte.

## A m e r i k a .

Newyork, 13. Mai. [Zum Frauen-Stimmrecht.] Am vorigen Mittwoch wurde hier eine Versammlung der nationalen Weiberstimmrechts-Gesellschaft abgehalten. Sie waren alle zusammen gekommen, die Weiber-Notabeln von Nah und Fern, um ihr Programm zu präsentieren, und eine Art von Unabhängigkeitserklärung vom Stapel zu lassen. Der Freimaurer-Tempel diente den Damen als Parlamentshaus, und wir finden auf der Rednerbühne eine ganze Surcolonne von Intransigentinnen, deren Namen die deutschen Leser höchstwahrscheinlich nicht besonders interessiren dürften. Unter den Rednerinnen machte sich zuvor Madame Gage bemerklich durch die drohende Aeußerung, daß, falls keine der beiden im Juni zusammentretenden National-Conventionen die Emancipation der Frauen aussprechen sollte, die Frauen Amerika's am nächsten 4. Juli eine zweite Unabhängigkeitserklärung proklamieren werden. Eine Frau Wood, welche bis vor Kurzem in einem der Ministerialbüros in Washington angestellt war, berichtete, es sei unlängst eine Dame zu dem Schatzsekretär Bristow gekommen und habe sich darüber beschwert, daß sie, nachdem sie in Anerkennung ihres Fleißes und ihrer Tüchtigkeit huseweise bis zu einer Höhe von D. 1600 Stellung avancirt sei, aus dem Dienste entlassen worden sei. Auf ihre Frage, "warum hat man mich entlassen?", habe Bristow erwidert, "Sechzehn Hundert Dollars Jahresgehalt ist zu viel für die tischteste Dame." Die Beschlüsse, welche auf dem Frauenstag gefaßt wurden, lauten folgendermaßen: "Wir erklären, daß die Frauen dieser Nation im Jahre 1876 weit mehr Grund zur Beleidigung und Unzufriedenheit haben, als ihre Väter im Jahre 1776 hatten. Wir erklären, mit Abigail Adams im Jahre 1776, daß der Hang zur Freiheit im Herzen der nicht statt sein kann, welche ihre Mitmenschen des Gewissens ihrer Freiheit beraubten. Wir schließen uns der Prophezeiung von Abigail Adams an, daß die gegenwärtigen Zustände vernichtet werden müssen, und wir halten uns nicht gebunden an Gesetze, so lange wir kein Stimmrecht und keine Vertretung haben. Wir fordern die Frauen in den Vereinigten Staaten auf, am 4. Juli dieses Jahres in ihren Orten und Bezirken zusammenzutreten, um die feierliche Erklärung abzugeben, daß wir frei und unabhängig sind, und daß wir fortan uns den Gezeiten nicht unterwerfen, bei deren Entstehung wir nicht mitgewirkt haben, und wir verlangen vor den Augen der hier versammelten Vertreter aller Nationen, Gerechtigkeit und Freiheit für das unterdrückte Geschlecht." — Eine Revolution gleich der vor hundert Jahren ist gleichwohl nicht zu befürchten.

## Provinzial - Beitung.

\*\* Breslau, 2. Juni. [Mittheilungen aus dem statistischen Bureau. Woche vom 21. bis 27. Mai.] Die Temperatur des Erdobodens war: Oberfläche 7,94°, 25 Centimeter tief: 7,40°, 50 Centim. tief: 6,66°, 125 Centim. tief: 6,39°, 225 Centim. tief: 6,17°. — Der Stand des Grundwassers ist um etwas niedriger, nämlich nur 4,88 (gegen 4,93 in vorheriger Woche). — Der Ozongehalt der Luft ist um etwas geringer als in der vorigen Woche, nämlich 5 (gegen 7 in der vorigen Woche). — Auf den Standesämtern wurden verzeichnet: 59 Geburten (4 weniger als in vorheriger Woche). — Ferner 185 Geburten (35 weniger als in vorheriger Woche), nämlich 97 männliche, 88 weibliche. Todgeboren waren 9. Endlich 217 Sterbefälle (21 mehr als in vorangegangener Woche), nämlich 114 männliche, 103 weibliche. Das Verhältnis ist ein sehr ungünstiges geworden, da die Zahl der Todessfälle die der Geburten um 32 übersteigt, während in vorangegangener Woche noch 24 mehr geboren wurden als starben. Die Zahl der Kinder, die unter einem Jahre gestorben sind, hat die Höhe von 89 erreicht, 22 mehr als in vorheriger Woche.

Angelommen: Se. Durchl. Prinz Josef v. Sulkowski a. Schloß Reisen. — Baron v. Loe, Generalmajor und Commandant a. Berlin. (Frmbl.)

△ [Ausflug.] Die Theilnehmer der XVI. Jahres-Versammlung des Vereins der Gas- und Wasser-Fachmänner Deutschlands machten mittelst des Mittagsanges der Freiburger Eisenbahn am 31. Mai einen Ausflug nach Freiburg resp. nach dem Fürstensteiner Grunde und lehrten mit dem Abendzuge an demselben Tage von da zurück.

\* [Begnadigung.] Der vom Schwurgericht zu Beuthen O.S. zum Tode verurtheilte Raubmörder Pistulka ist von Sr. Majestät zu zeitlebens-länglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden.

m. Sprottau, 31. Mai. [Kreistag. — Gustav-Adolf-Fest. — Theater.] Am 14. Juni c. wird hierbei ein Kreistag abgehalten werden, wobei u. A. über die Einholung der Allerhöchsten Genehmigung zur Annahme eines dem Kreisverbande durch Testament der verstorbenen Frau Geh. Regierungs- und Landräthin v. Röder zugeschaffenen Vermächtnisses berathen und Beschlussoffnung über die Realisierung der von der Erblässerin getroffenen Beschlüsse erfolgen soll. In dem bezeichneten Testamente heißt es: "Das mir gehörige, zu Grottau gelegene Haus mit Garten vermache ich dem Sprottauer Kreisverbande zum Verkauf, um von dem Erlöse eine Stiftung für Sieche, Alte und Schwache, die mittellos sind und bei den Ibrigen nicht die gehörige Wartung und Pflege genießen können, zu gründen. Ich wünsche, daß, wenn der Fonds ausreicht, auch alte Dienstboten in die Stiftung aufgenommen werden sollen. Jedenfalls soll aber nur das Land an dieser Stiftung, welche den Namen: „v. Röder'sche Stiftung für den Kreis Sprottau“ führen soll, partizipieren. Von dem Kreiskrankenhaus könnte wohl ein Theil für Sieche, Alte und Schwache benutzt werden, so daß nur die Hälften des Capitals von dem Erlöse meines Hauses grundstücks für den Unterhalt der Beneficiaten angewendet würden c." Das in Rede stehende Grundstück gesetzt der hiesige Kreisverband zur Errichtung eines Kreishäuses zu erwerben. — Sonntag, den 28. Mai, feierte der im hiesigen Kirchenkreise bestehende Zweigverein der Gustav-Adolf-Stiftung in der reich geschmückten Kirche zu Giebmansdorf sein Jahresfest. Die Feiabilität wurde von dem Ortsgeschäftlichen, Herrn Pastor Prätsch, gehalten, worauf der Jahresbericht durch Herrn Superintendent Winter aus Sprottau und die von Herrn Pastor Pietsch aus Wittendorf gehaltenen Predigten folgten. Nach dem Gottesdienste fand unter dem Vorh. des Hrn. Bürgermeister Schenkemeyer aus Sprottau die Jahresversammlung der Vereinsmitglieder statt, womit die durch Hrn. Kaufm. Kreisrämer aus Sprottau gegebene Rechnungslegung verbunden war. Zu Deputirten für das Schlesische Hauptvereins, welches Mitte Juni gefeiert wird, sind die Herren Pastoren Prätsch, Giebmansdorf und Wicker-Eberdorff gewählt. — Die Fuhrmann'sche Theater-Gesellschaft hat heute ihre hier veranstalteten Vorstellungen mit dem Rosen-Lustspiel "Ettore" geschlossen.

\* Wohlau, 1. Juni. [Einführung des neuen Bürgermeisters.] Der am 3. April c. zum Bürgermeister unserer Stadt gewählte Betriebs-Sekretär der Rechte-Oder-Ufer-Bahn, Herr Wende, wurde heut Nachmittags 3 Uhr in öffentlicher Sitzung auf hiesigem Rathaussaal von dem Königl. Landrat, Herrn von Wochom, nach einer kräftigen Ansprache feierlich vereidigt und in sein wichtiges Amt eingeführt. Anwesend war: Magistrat, Stadtverordnete, Geistlichkeit, das Lehrer-Collegium des Gymnasiums und der Stadtschule, wie alle übrigen städtischen Beamten. Die herzlichsten Glückwünsche wurden dem neuen Magistrat-Diregenten von allen Anwesenden ausgesprochen — und das volle Vertrauen ihm entgegen gebracht, welches derbbar annahm und die feste Versicherung gab: daß sein ganzes Verbrechen darauf gerichtet sein soll, nicht nur das Beste der Stadt-Commune nach allen Seiten, ohne Parteinahme, zu fördern, sondern auch die allgemeine Zufriedenheit zu erringen. Schließlich wurde dem Rathmann Herrn Kaufmann Wittich von dem Herrn Landrat gedankt für die bisher geführte treue Vertretung während der Vacan.

Landrat, Herrn von Wochom, nach einer kräftigen Ansprache feierlich vereidigt und in sein wichtiges Amt eingeführt. Anwesend war: Magistrat, Stadtverordnete, Geistlichkeit, das Lehrer-Collegium des Gymnasiums und der Stadtschule, wie alle übrigen städtischen Beamten. Die herzlichsten Glückwünsche wurden dem neuen Magistrat-Diregenten von allen Anwesenden ausgesprochen — und das volle Vertrauen ihm entgegen gebracht, welches derbbar annahm und die feste Versicherung gab: daß sein ganzes Verbrechen darauf gerichtet sein soll, nicht nur das Beste der Stadt-Commune nach allen Seiten, ohne Parteinahme, zu fördern, sondern auch die allgemeine Zufriedenheit zu erringen. Schließlich wurde dem Rathmann Herrn Kaufmann Wittich von dem Herrn Landrat gedankt für die bisher geführte treue Vertretung während der Vacan.

V Wahrbrunn, 1. Juni. [Logen-Zubeliefer. — Theater.] Das Thermometer zeigte gestern bei Sonnenaufgang bereits + 10° R. und stieg um die Mittagsstunde bis 21 Grad Wärme im Schatten, ohne daß man bei der sanften Windbewegung durch die gesetzten Wärmegrade belästigt worden wäre. Das Hochgebirge zeigte seine volle Frühlingsfärbung. Das malte Schneefeld von unten beiden Gebirgsflüssen scheint unser Haidewasser mit seinen dielen kleinen Gebirgsbächen und Quellen von den Binnern des Silbertamms oder Lahnbergs bis zum Hochstamm des so genannten großen Baches, auf welchem die Mädel- und Mannsteine lagern, zu führen, denn es zeigte gestern eine größere Ansiedlung als der Vortag. Gegen 3 Uhr thürmten sich mächtige Gewitterwolken im Süden und Südosten auf, von denen auch ein Theil unser Thal mit mehreren Donnerschlägen und einem kurzen Regen beheimatete. Der Regen war so laut, die Wassertropfen desselben zugleich so massig, daß man bei leichter Bekleidung nach wenig Schritten ganz durchdröhnt war. Dafür entstörte aber nach dem kurzen Regenguss der Natur ein so balsamischer Duft, erzeugt durch die massenhaften Fliegerblüthe, den zahlreichen Narcissenblüten und andere stark duftende Gartenblumen, daß er erfrischend auf Körper und Geist wirkte und die Promenaden unseres Badeortes sich zur Abendstunde auffallend belebten. Die Gewitter schienen auch noch während der Nacht in weiterer Entfernung fortzudauern, da man hier noch lange Wetterleuchten bemerkte. — Gestern feierte in Schmiedeberg die Loge „der drei Felsen“ ihr 100jähriges Sitzungsfest, an welchem sich auch einzelne hier anwesende Logenbrüder beteiligten. — Das Saisontheater wird am 1. Pfingsttag vom Theaterdirektor Georgi mit dem Gelangwill „Lustschlößer“ von Manstädt eröffnet, dem am 2. Pfingsttag der „Beilensfresser“ von G. v. Moser folgen wird.

d. Landeshut, 1. Juni. [Gewitter.] Gestern, Mittwoch Abend, bald nach 10 Uhr, entluden sich vorübergehend schwere Gewitter. Nach bestigen Schlägen stand der Himmel von Feuerscheinern geröthet. In Gladbeck hatte der Blitz gezündet, eine Siedlungsbewohner wurde mit alter Habe des Besitzers eines Raub der Flammen; die Frau desselben war mit ihren acht Kindern allein zu Hause gewesen. Auch noch in einigen anderen Ortschaften haben in Folge des Gewitters Feuerbrünste stattgefunden. — Zum Besten des vaterländischen Frauenvereins hier selbst fand vorigen Sonntag Abend im Saale des Hotels zu den „drei Bergen“ ein Concert statt und haben die dabei mitwirkenden Herren und Damen durch ihre ausgezeichneten Leistungen in Gesang, Flügelspiel und theatralischer Vorstellung dem zahlreichen versammelten Publikum einen Kunstschatz bereit und sich größten Dank erworben. Die Einnahme ergab die erfreuliche Summe von über 150 M.; es erhalten davon das Rettungshaus zu Melschede 30 M.; ebensoviel die hiesige Kleinkinderbewahranstalt und 90 M. die Ueberschwemmten in der Provinz.

Z. Neumarkt, 1. Juni. [Tageschronik.] An Stelle des zum Stadtverordneten für das laufende Jahr in der Ergänzungswahl gewählten aber nicht bestätigten Calculator Koch ist nun der Schuhmachermeister Carl Krause gewählt worden. — Hier erzählte man sich folgende traurige Begebenheit, welche sich auf einem nahe gelegenen Dorfe vor zwei Tagen zugetragen haben soll. Ein Landmann, der sich unwohl gefühlt, schickte zu seinem Nachbarn, welcher als Medicinal-Pfuscher bekannt war, um sich von diesem Tropfen zur Besserung seines Zustandes geben zu lassen. Kurze Zeit nach dem Genuss verschlimmerte sich sein Zustand, die Sprache versagte ihm und bald darauf gab er seinen Geist auf. Man vermutet nun, daß eine Vergiftung den Tod des Mannes herbeigeführt haben muss und daß die Tropfen lebensgefährliche Substanzen enthalten, von deren schlechter Wirkung der Fabrikant wohl selbst keine Ahnung gehabt haben mag. Die Todes-Ursache wird die Section der Leiche ergeben. — Gestern Abend hatten wir den ersten sehr warmen Tag, dessen Temperatur durch hereinbrechende Gewitter wieder bedeutend abgesunken war. Trotz der bisher geherrschten rauhen Witterung sind doch die Räupen gut aufgekommen und über nun ihr Verstreuungswert auf Bäumen und an Sträuchern.

+ Dels, 2. Juni. [Zubeliefest.] Am 30. Juli d. J. soll in unserer Stadt ein Fest gefeiert werden, welches auch für weitere Kreise von Interesse sein und einige genügsame Stunden bieten dürfte. Es ist die Feier des 25jährigen Jubelfestes des hiesigen Männer-Gefang.-Vereins. Demselben befreundete Gesang-Vereine von nah und fern haben das Ereignis einer Anzahl ihrer Mitglieder bereit gestellt und dürfen dann bei dem beabsichtigten Concerte eine zahlreiche Sängerlaie die Gesangs-Vielen zum Vortrag bringen. Möge das Jubelfest des Vereins, welcher in den 25 Jahren seines Bestehens oft für wohltätige Zwecke und bei patriotischen Fests vor der Öffentlichkeit getreten ist, ein für denselben in jeder Hinsicht befriedigendes werden.

=ch= Oppeln, 1. Juni. [Beschaffenheit der Brunnen.] In der wertvollen Schrift des königl. Kreiswundarztes v. Dr. Schröder "Der oberösterreichische Industrie-Bezirk mit besonderer Rücksicht auf seine Cultur- und Gewerbe-B

